

## Niederschrift

Gremium	Sitzung - BA-SAB/011(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
<b>Betriebsausschuss SAB</b>	Dienstag, 12.09.2006	Julius-Bremer-Str. 8 Raum 609	17:00 Uhr	18:15 Uhr

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Protokollkontrolle der Sitzung vom 13.06.2006
- 3 Quartalsbericht zum 30. Juni 2006 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes
- 4 Auswertung des Modellversuches zusätzliche Gehwegreinigung in der Halberstädter Straße durch die Stadt  
Vorlage: I0196/06
- 5 Verlängerung der Nutzungsdauer für die Deponie Hängelsberge  
Vorlage: DS0284/06
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzender**

Beigeordneter Holger Platz

**Verwaltung**

Herr Konrad Schwenke  
Frau Doris König  
Herr Andreas Stegemann  
Frau Iris Primas  
Frau Sylvia Schinlauer

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Walter Meinecke  
Stadträtin Claudia Szydzick  
Stadtrat Wolfgang Wähnelt  
Stadtrat Dr. Gerd Zimmer

**Beschäftigtenvertreter**

Herr Reinhardt Brett  
Herr Jörg Richter

**Geschäftsführung**

Frau Ines Häntzschel

**Abwesend**

Stadtrat Olaf Czogalla  
Stadtrat Axel Gripinski  
Stadtrat Martin Hoffmann  
Stadtrat Eberhard Seifert

## Öffentliche Sitzung

### **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**

---

**Herr Platz** eröffnet die 11. reguläre Sitzung des BA SAB in der IV. Wahlperiode und begrüßt die Stadträte, die Beschäftigtenvertreter und die Vertreter der Verwaltung.

Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und mit 7 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

Entschuldigt haben sich die Stadträte Herr Gripinski und Herr Czogalla. Für den Stadtrat Herrn Gripinski nahm als Vertretung der Stadtrat Herr Meinecke an der Ausschusssitzung teil.

Nichtanwesend waren die Stadträte Herr Seifert und Herr Hoffmann.

**Herr Platz** bittet Herrn Schwenke für eine kurze Zeit den Vorsitz der Ausschusssitzung zu übernehmen, da er kurzfristig einen Pressetermin bezüglich des Brandes bei der Firma RZM in Rothensee wahrnehmen müsse.

**Die Ausschussmitglieder stimmen der Einladung und der Tagesordnung einstimmig zu.**

### **2. Protokollkontrolle der Sitzung vom 13.06.2006**

---

**Herr Schwenke** fragt die Ausschussmitglieder, ob sie mit der vorliegenden Niederschrift einverstanden sind oder ob noch Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge erforderlich seien.

**Herr Wähnelt** bezieht sich auf Seite 3 der Niederschrift, wo er unter dem TOP 2 - Protokollkontrolle der Sitzung vom 19.04.2006 - bereits erstmalig nachfragte, wann eine Auflistung der Feinstaubbelastungswerte über die Osterfeiertage den Ausschussmitgliedern vorgelegt werde und fragt nach, inwieweit sich diesbezüglich etwas getan hätte.

**Herr Schwenke** teilt mit, dass das Umweltamt nach wiederholter Nachfrage mitgeteilt habe, dass die Landesbehörde diese Messungen vornehme. Die Landesbehörde sagte zu, in absehbarer Zeit diese Auflistung dem Umweltamt zuzusenden. Er habe noch keine Antwort vom Umweltamt erhalten.

Da seitens der Ausschussmitglieder keine weiteren Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge vorgebracht werden, bittet **Herr Schwenke** um die **Abstimmung** des Protokolls

#### **Abstimmungsergebnis:**

**5 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**1 Enthaltung**

### **3. Quartalsbericht zum 30. Juni 2006 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes**

---

**Herr Schwenke** bringt den Quartalsbericht ein. Die Erlöse wurden in den Bereichen Abfallwirtschaft und Straßenreinigung nicht ganz erreicht. Die Aufwendungen enthalten Einsparungen u. a. bei den Roh- und Hilfsstoffen. Auf Grund der Steuererhebung für Biodiesel sieht es im Bereich Kraftstoff etwas ungünstiger aus. Bei den Fremdleistungen ist eine erste Erhöhung der Entsorgungspreise im Müllheizkraftwerk festzustellen. Insgesamt kann man in dem vorliegenden Quartalsbericht jedoch eine positive Entwicklung erkennen, da die Einsparungen bei den Aufwendungen deutlich über den Defiziten bei den Erlösen liegen.

**Herr Wähnelt** stellt fest, dass auf Seite 3 und 4 zu der Entwicklung und Zusammensetzung der offenen Forderungen ausreichende Aussagen getroffen wurden. Die offenen Forderungen gegenüber den Gebührenpflichtigen konnten weiter ausgeglichen werden und liegen in der üblichen Höhe der vorherigen Quartalsberichte.

**Der Quartalsbericht des SAB zum 30. Juni 2006 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.**

### **4. Auswertung des Modellversuches zusätzliche Gehwegreinigung in der Halberstädter Straße durch die Stadt Vorlage: I0196/06**

---

**Herr Schwenke** bringt die Informationsvorlage ein und berichtet, dass dieser Modellversuch im KRB-Ausschuss initiiert wurde. Da allgemein bekannt ist, dass einige Anlieger ihren Reinigungspflichten nicht nachkommen, wurde entschieden, dass der SAB als Modellversuch die Gehwege in der Halberstädter Straße für einen Monat zusätzlich reinigen sollte. Dies wurde realisiert und mit dieser Informationsvorlage eine entsprechende Auswertung vorgenommen. Bereits nach der ersten zusätzlichen Reinigung wurde eine deutliche Verbesserung festgestellt. Bei weiteren Intensivierungen der Reinigungsleistung wurde jedoch kein größerer Effekt festgestellt, der die Erhöhung des Aufwandes rechtfertigt.

In der Dienstberatungsrunde des Oberbürgermeisters am 29.08.2006 wurde empfohlen, bei der IG Sudenburg diese Problematik noch vor der Sitzung des BA SAB am 12.09.2006 vorzutragen. Am 11.09.2006 fand eine Versammlung mit der IG Sudenburg statt. Dort wurden die Ergebnisse vorgestellt. Dabei wurden teilweise gegensätzliche Standpunkte vorgetragen.

Der Vorsitzende der IG Sudenburg, Herr Klinge, fand, dass bei der Realisierung dieser zusätzlichen Reinigungsleistung für ihn keine hohen zusätzlichen Kosten entstehen würden, da sich der Betrag auf 20 Mietparteien verteilen würde. Die Geschäftstreibenden fanden diesen Modellversuch bezogen auf die Kosten als sehr ungerecht, da die, die immer ihrer Reinigungspflicht nachkommen noch finanziell bestraft werden. Anlieger, die ihren Pflichten nicht nachkommen, sind an dem schlechten Zustand der Straße schuld.

Weiterhin wurde im Laufe der Versammlung der zum Teil schlechte Zustand der Bepflanzung der Baumscheiben angesprochen. Leider ist es aber dem SFM auf Grund fehlender finanzieller Mittel nicht möglich, diesen schlechten Zustand dauerhaft zu beseitigen.

**Herr Stegemann** schließt sich dem Wortlaut von Herrn Schwenke an. Seit ca. Mitte Mai wurde von den Baumscheiben kein Hundekot mehr beseitigt. Es bestand mehrheitlich die Auffassung, dass die Baumscheiben öfter gereinigt und eine Bepflanzung vorgenommen werden sollte.

**Herr Platz** stellt fest, dass der Versuch der allgemeinen Entwicklung entgegensteht nach der die Bürger der Stadt verstärkt selbst Aufgaben für Ordnung und Sauberkeit übernehmen sollen. Für ein Beispiel-Grundstück (20 m Breite) würden 170 EUR pro Jahr mehr Straßenreinigungsgebühren zu zahlen sein und dafür würde die Pflicht zur Gehwegreinigung entfallen.

**Herr Meinecke** sagt, dass er diesem Modellversuch vorab sehr skeptisch entgegengesehen habe. Gerade bei den Gewerbetreibenden, die eine zusätzliche Reinigung sicher befürworten, würden die zusätzlichen Kosten zu Buche schlagen. Es fiel ihm auf, dass an Orten, an denen bei Baumscheiben eine Bepflanzung vorgenommen wurde, keine großen Verschmutzungen zu verzeichnen waren.

**Herr Wähnelt** schlägt vor, dass der SFM über den Stadtumbau Ost einen Antrag auf Förderung zur Bepflanzung der Baumscheiben stellen sollte. Da die Anwohner der Halberstädter Straße sehr an einer Bepflanzung interessiert sind, könnten diese durchaus auch die Pflege übernehmen.

**Herr Platz** informiert, dass die Anwohner, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen, sich der Pflege der Baumscheiben durchaus annehmen. Aber die zusätzlichen Kosten für die Reinigung der Gehwege durch die Stadt wurden von den Anwohnern sehr kritisch aufgenommen. Mit der Bezahlung der Gehwegreinigung wird die Bereitschaft für weitere Reinigungsleistungen sinken.

**Herr Brett** teilt mit, dass bei Nichtpflege der Baumscheiben, insbesondere in den Monaten Mai bis Juli, die Bepflanzung vertrocknet. Es müsse hier eine Möglichkeit zur regelmäßigen Pflege gefunden werden.

**Frau Szydzick** meint, dass man pflegeleichte Pflanzen vorsehen sollte, die keiner großen Pflege bedürfen.

**Die Information I 0196/06 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.**

## 5. Verlängerung der Nutzungsdauer für die Deponie Hängelsberge Vorlage: DS0284/06

---

**Herr Platz** teilt mit, dass mit der Vorlage dieser Drucksache eine schwierige Problemdiskussion mit dem Bürgerverein „Bürger für Ottersleben“ e. V. zum Abschluss gebracht wird. Mit der Vertragsergänzung wird im § 3 Abs. 3 geregelt, dass der Vertrag nur dann wirksam wird, wenn das letzte Teilstück der Ortsumgehung Ottersleben bis zum 31.12.2007 für den öffentlichen Verkehr freigegeben wird.

Auf die Frage von **Herrn Meinecke**, ob diese Baumaßnahme mit dem Tiefbauamt abgestimmt sei, bestätigt dies **Herr Schwenke**.

Mit der Vertragsergänzung sollte beim Landesverwaltungsamt die Verlängerung der Deponieaufzeit beantragt werden.

Abschließend informiert **Herr Platz** die Ausschussmitglieder darüber, dass diese Verfahrensweise mit dem Landesverwaltungsamt bereits im Oktober 2005 abgestimmt wurde. In einer Besprechung im Landesverwaltungsamt am 16.08.2006 wird nun seitens des Landesverwaltungsamtes die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens gefordert. Da dieses Planfeststellungsverfahren mit höheren Kosten sowie einem erheblich größeren Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden sein wird, bittet der Oberbürgermeister in einem Schreiben an den Präsidenten des Landesverwaltungsamtes, Herrn Leimbach, eine nochmalige Prüfung vorzunehmen.

Da seitens der Ausschussmitglieder kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, bittet **Herr Platz** um die Abstimmung der Beschlussvorlage DS 0284/06.

### Beschluss:

**Der BA SAB empfiehlt dem Stadtrat in seiner Sitzung am 12.10.2006 die Beschlussfassung der Drucksache DS 0284/06 – Verlängerung der Nutzungsdauer für die Deponie Hängelsberge (Vertragsergänzung zum außergerichtlichen Vergleich vom 12.11.1994 zwischen Bürgern aus Ottersleben und dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg).**

### Abstimmungsergebnis:

**7 Ja-Stimmen**  
**0 Nein-Stimmen**  
**0 Enthaltungen**

## **6. Verschiedenes**

---

**Herr Meinecke** äußert seine Verwunderung darüber, dass er bezüglich des Brandes in Rothensee in der Magdeburger Volksstimme gelesen habe, dass die dort lagernden Kunststoffe verbrannt werden sollten.

Dazu erklärt **Herr Schwenke**, dass die DSD-Abfälle einer Sortierung unterzogen werden. So z. B. werden Metalle einer Verwertung zugeführt. Die Verbundstoffe werden ebenfalls sortiert. Jedoch werden Plastikabfälle auch als Reduktionsmittel für Hochöfen verwendet. Man könne davon ausgehen, dass ein Teil der Plastikabfälle einer stofflichen Verwertung und ein Teil für die Hochöfen als Reduktionsmittel aber auch zur Energiegewinnung (thermische Verwertung) verwendet werde.

**Herr Platz** teilt zu dem Brandereignis mit, dass die Kontrolle der Anlage seit dem 01. Januar 2005 dem Umweltamt übertragen wurde und somit die Landeshauptstadt Magdeburg zuständig ist. Diese Anlage wurde im November 2005 überprüft und als in Ordnung befunden. Jetzt habe sich herausgestellt, dass der Betreiber sehr viel mehr Abfälle gelagert habe, als genehmigt wurden.

Dies werde Konsequenzen für den Betreiber haben. Das Landesverwaltungsamt hat nun aufgefordert, noch öfter Kontrollen durchzuführen.

Bei den Messungen der Belastungswerte wurden nur sehr geringe Überschreitungen festgestellt. Es wurde auch von Anfang an darauf geachtet, dass keine Kontaminationen der Elbe verursacht werden.

Auf die Frage von **Herrn Wähnelt**, ob nun bei der Entsorgung mit Problemen für die Magdeburger und das Umland zu rechnen sei, verneint dies **Herr Schwenke**, da die Firma großes Interesse daran habe, ihrer Vertragserfüllung gerecht zu werden.

Weiter informiert **Herr Platz** darüber, dass bezüglich des Brandes eine Hotline eingerichtet wurde. Dort sind bisher nur 16 Anrufe eingegangen.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Zimmer**, ob bei dem Brand eine Brandstiftung vorliege, antwortet **Herr Platz**, dass dies derzeit durch die Polizei untersucht werde und darüber noch keine Informationen vorliegen.

**Herr Wähnelt** fragt nach, warum die Einladungen für die Ausschusssitzung per Boten verteilt werden und nicht über den normalen Postweg gehen. Er ist der Auffassung, dass dies zu aufwendig sei.

**Herr Schwenke** teilt dazu mit, dass dies mit geringen Aufwendungen verbunden sei, da der Mitarbeiter die Verteilung mit seinen täglichen Dienstwegen verbindet.

**Herr Dr. Zimmer** fragt nach, ob die Garagenbesitzer, die noch Asbest-Dächer besitzen, Auflagen erhalten, dies zu beseitigen.

**Herr Schwenke** sagt, dass ihm dazu nichts bekannt sei. Jedoch gebe es Vorschriften, wie die Entsorgung von Asbest zu erfolgen hat.

**Herr Schwenke** informiert die Ausschussmitglieder über den derzeitigen Stand des Rechtsstreites mit der Arge Deponiebau 1. Bauabschnitt. Er berichtet von den Schreiben einer Firma The Morning Group, die sich als Vermittler anbietet, ohne ein Mindestmaß an Neutralität erkennen zu lassen. Gegenwärtig werden von beiden Parteien Gutachten vorbereitet, nachdem ein vom Gericht beauftragtes Gutachten erhebliche Ungenauigkeiten enthält und sich oft auf Mutmaßungen gründet.

**Herr Platz** teilt mit, dass der BA SAB am Mittwoch, dem 08. November 2006, 17:00 Uhr, eine Sondersitzung vornehmen müsse. In dieser Sitzung werden der Jahresabschluss des SAB sowie die Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzung auf die Tagesordnung aufgenommen.

Weiter weist er auf die Tischvorlage mit den Terminvorschlägen für die Sitzungen des BA SAB im Jahr 2007 hin und bittet die Ausschussmitglieder diese zur Kenntnis zu nehmen.

gez. Holger Platz  
Vorsitzender

gez. Ines Häntzschel  
Schriftführerin

***Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.***